

## Teilerfolg: Referendarstellen weniger stark gekürzt

### Ausbilder aber stark belastet - Qualität der Ausbildung sinkt

„Die Zahl der Referendare wird mit 4800 in den kommenden Jahren auf dem gleichen hohen Niveau bleiben wie in den vergangenen Jahren“, erklärte heute Kultusministerin Dorothea Henzler vollmundig in ihrer Pressemitteilung vom 01.11.2011.

Was sie verschweigt ist, dass die Zahl der Referendarstellen von 5300 auf 4800 sinkt. Das sind zwar 500 weniger, als ursprünglich geplant, aber trotzdem ein drastischer Einschnitt.

#### Der Druck war erfolgreich! Weiter so!

Hessenweit wurde gegen die Kürzungspläne Druck gemacht. Ein Marburger Referendar stellte extra eine neue fa-

cebook - Gruppe ins Netz: „**Kein Referendariatsplatz in Hessen?**“ Hier konnten und hier können sich weiterhin Betroffene austauschen.

Die Personalräte der Studienseminare für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen und für Gymnasien hatten eine außerordentliche Personalversammlung einberufen, auf der die Politiker unseres Wahlkreises Rede und Antwort stehen sollten. Unentschuldig fehlte Dr. Christian Wagner (CDU). Die Personalräte, Studierende und Ausbilder wiesen sehr eindrucksvoll auf die nachteiligen Folgen der geplanten Sparmaßnahmen und die negativen Folgen für die Schulen hin. Sie forderten von den Landespolitikern den Einsparungen im Haushaltsentwurf 2012 nicht zuzustimmen und sich den Erhalt und Verbesserungen einzusetzen!



Außerordentliche Personalversammlung der Studienseminare in Marburg.

Foto: Erich Schumacher

**Denn bei den Ausbildern sollen weiter 25 Millionen dadurch eingespart werden, dass sie mehr unterrichten sollen. Dass damit die Qualität der Ausbildung sinkt, wird billigend in Kauf genommen.**

Der Protest der Marburger Studienseminare richtete sich insbesondere gegen:

1. die drastische Kürzung der Ausbildungsplätze für LiV um 1000 Stellen,
2. die draus folgende Reduzierung der Ausbilderstellen an Hessischen Studienseminaren,

3. Kürzung der Ausbildungsressourcen, die pro LiV gewährt werden...
4. die Erhöhung der Anrechnungsstunden der LiV für die Ausbildungsschulen von 6,4 auf 8,0 Stunden
5. die beabsichtigte Schließung kleiner Fachmodule wie Musik und Kunst...
6. ...und die erhöhte Unterrichtsverpflichtung der Ausbilderinnen und Ausbilder bei gleichzeitiger Steigerung der Unterrichtsbesuche.

**Von "Bildungsland Hessen" kann keine Rede sein!**

**Mehr zum Thema Seite 4 + 5**

Kommentar von Hartmut Möller:

# Ministerin Henzler rudert zurück und wirft Steuermann über Bord!

Die Proteste aller Personalräte aus Hessen gegen die geplante Zentralisierung der Staatlichen Schulämter, Schließung von Studienseminaren und die Proteste gegen die Nichteinstellung von über 1000 Referendaren hat Wirkung gezeigt. Zeitweise wusste man nicht mehr so genau, wer eigentlich das Ruder noch im Kultusministerium in der Hand hat. Geht die Ministerin von Bord oder wird sie gegangen, spekulierte die Frankfurter Rundschau.

Seit Monaten wurden Konzepte nur hinter verschlossenen Türen gehandelt, alle warteten auf eine offizielle Erklärung aus dem Ministerium und dann verkündet zur Überraschung aller irgendein FDP-Abgeordneter im Hessischen Landtag - den Namen Wolfgang Greilich braucht man sich nicht unbedingt zu merken - das neue „Reformkonzept“:

Künftig soll es ein zentrales „Landesschulamt“ geben, das Amt für Lehrerbildung (AFL), das Institut für Qualitätsentwicklung und die Führungsakademie sollen in dieses Amt integriert werden. Das Konzept sieht weiter vor, dass die Standorte der 15 Staatlichen Schulämter erhalten bleiben, sie sollen die Funktion von Schulaufsicht, Service und Beratung in der Region für die Schulen haben.

Nachdem nun dieser Abgeordnete das Konzept ausgeplaudert hatte, schlugen die Wellen in der Regierungskoalition hoch. Die Ministerin wurde wieder einmal als handlungsunfähige Bildungspolitikerin aus den eigenen Reihen bloßgestellt und ihr

Chef, der Ministerpräsident, stellte sich nicht klar und deutlich hinter sie.

Doch dann, noch während das Boot richtungslos dahintrieb, holte die Ministerin aus und klatschte ihren Steuermann, Staatssekretär Brockmann (CDU) von Bord.

Der neue Staatssekretär heißt Dr. Herbert Hirschler, Banker und FDP-Mitglied und ist zur Zeit noch bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) beschäftigt.

Erst am 8. November verteilte das Kultusministerium eine Pressemitteilung, in der die „Grundstruktur der Reform der Schulverwaltung“ vorgestellt wurde und die für uns zentrale Aussage getroffen wurde: „Die Personalräte bleiben erhalten.“

Wir können nur feststellen: unser Protest hat sich gelohnt und wir werden weiter kritisch den Kurs des Kultusministeriums verfolgen, auch um weiteren Schaden von unseren Schulen abzuwenden!

Denn es kann nicht sein, dass man die 15 Standorte der Staatlichen Schulämter zwar erhält, zusätzlich jetzt noch ein neues, zentrales Landesschulamt schafft, dafür aber Personal in den Regionen abbaut!

Hartmut Möller



Mehr zum Thema Seite 10 + 11

## Mitglied werden!



**Unterstütze die BildungsGEWerkschaft mit Deiner Mitgliedschaft!**

**Ausschneiden und senden an:  
GEW-Marburg, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg  
oder mail an: [gew-marburg@t-online.de](mailto:gew-marburg@t-online.de)  
oder:  
[http://www.gew.de/Online\\_Mitglied\\_werden\\_2.html](http://www.gew.de/Online_Mitglied_werden_2.html)**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der GEW und möchte mehr Informationen
- Ich möchte den GEW-newsletter per E-mail kostenlos bestellen
- Ich möchte Mitglied der GEW werden

Name: .....

Adresse: .....

E-mail: .....

## Landesschülervertretung( lsv) Hessen: Kultusministerium plant Schülervertretungen zu behindern!

### Protesterklärung zur geplanten Abschaffung der Anrechnungsstunden für die Verbindungslehrerinnen und Verbindungslehrer der Schülervertretung

Das Hessische Kultusministerium plant mit der neuen Pflichtstundenverordnung die Schülervertretung massiv zu behindern.

- 1. Bisher erhält jede Schule eine verbindliche Anrechnungsstunde für die Tätigkeit der Verbindungslehrerin oder des Verbindungslehrers. Diese Stunde soll abgeschafft werden. Davon sind ca. 1200 Schulen ab Jahrgangsstufe 5 betroffen.**
- 2. Die Anrechnungsstunden für Verbindungslehrkräfte (Landesbeiräte) bei der Landesschülervertretung sollen von 31 auf 15 Stunden gekürzt werden.**

Wir halten dagegen eine Aufstockung der Anrechnungsstunden für SV-Lehrerinnen und -Lehrer besonders an großen Schulen, für erforderlich. Auch für den Arbeitsumfang der SV-Lehrerinnen und

Lehrer bei der Landesschülervertretung sind nachgewiesenermaßen mehr statt weniger Stunden nötig.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diesen Angriff auf die Hessische Schülerschaft und die Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte.

Wir fordern die uneingeschränkte Beibehaltung der bisherigen Regelungen:

- **Mindestens eine, nicht verhandelbare, Anrechnungsstunde für Verbindungslehrerinnen und Verbindungslehrer an den Schulen.**
- **Mindestens 31 Anrechnungsstunden für die Verbindungslehrkräfte bei der Landesschülervertretung.**

Die Schülervertretungen der Schulen sind aufgefordert diese Protesterklärung zu unterstützen !

**Weitere Informationen unter [www.lsv-hessen.de](http://www.lsv-hessen.de)**

## „Mitbestimmung nur solange der Regierung die Meinung passt“

### Kultusministerium schränkt Beteiligungsrechte von Schülern ein

„Zu den üblichen demokratischen Spielregeln gehört es, Mitbestimmung der verschiedenen Interessensgruppen unabhängig von der jeweils geäußerten Meinung zu respektieren und institutionell zu schützen. In Hessen gibt es Mitbestimmung aber offensichtlich nur solange der Regierung auch die Meinung passt“, erklärte Kamyar Mansoori, Hessischer Landesschulsprecher anlässlich neuer Verordnungen des Kultusministeriums in einer gemeinsamen Pressemitteilung von Landesschülervertretung, Landeselternbeirat und Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer. Im Zuge der Pflichtstundenverordnung, welche die Unterrichtsverpflichtungen der Lehrkräfte und Deputate für außerunterrichtliche Aufgaben regelt, habe das Kultusministerium die Stunden für Verbindungslehrer an Schulen ersatzlos gestrichen. „Das ist der Angriff durch die Hintertür. Statt offen Farbe gegen die Schülervertretungen zu bekennen, kürzt Frau Henzler die Unterrichtsentslastung für Verbindungslehrer weg. Wenn in den Schülervertretungen aufgrund der Altersstruktur etwa alle zwei Jahre ein Generationswechsel stattfindet, werden mit den Verbindungslehrern wichtige Bindeglieder fehlen“, so der Schülervertreter. „Letztlich geht es ihr darum kritische Stimmen auszudadieren“, warf Mansoori der FDP-Ministerin vor. „Mit Dialog hat das alles nichts zu tun“, kritisierte er.

Bereits seit längerem versuche das Kultusministerium unter FDP-Ministerin Henzler Hürden für die Arbeit der Mitbestimmungsorgane von Schülern zu bauen. So beschränke das Kultusministerium sukzessive das Budgetrecht des Landesschülerrates. Mansoori nannte es „reine Behinderungspolitik“, dass der Landesvorstand der Landesschülervertretung bereits zwei Monate im Voraus detaillierte Finanzpläne vorlegen und genehmigen lassen müsse. „Kampagnenfähigkeit der Landesschülervertretung

setzt voraus, dass wir spontan auf politische Diskussionen reagieren können, ohne die Verursacher erst um Erlaubnis zu bitten“, so der Landesschulsprecher. Auch plane das Kultusministerium die selbstständige Kassenverwaltung der Landesschülervertretung zu unterbinden, in dem der Kassenwart abgeschafft werden und die Kassenverwaltung dem Staatlichen Schulamt übertragen werden soll. „Selbstverständlich muss sichergestellt sein, dass Haushaltsmittel zweckentsprechend verwendet werden“, stellte Mansoori klar. „Wenn wir allerdings nicht mal mehr selber unser Geld verwalten dürfen, dann verwechselt die Kultusministerin Haushaltskontrolle offensichtlich mit Überwachungsapparat“, kritisierte der Schülervertreter.

Es sei die Aufgabe des Kultusministeriums dafür zu sorgen, dass sich Schülerinnen und Schüler zu selbstständigen und kritischen Mitgliedern der Gesellschaft entwickeln können. Dazu gehöre auch die kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit der Landesregierung. Stattdessen versuche Henzler jedoch die Schülerinnen und Schüler genau daran zu hindern.

„Wenn FDP-Ministerin Henzler und ihr Ministerium nur halb so viel Aufwand für gute Bildungspolitik wie für Überwachung und Beschneidung der Mitbestimmungsorgane betreiben würden, gäbe es auch mehr Fürsprecher für ihre Politik. Im Bereich Ganztagschule, Inklusion, gemeinsames Lernen blieb es bisher lediglich bei leeren Versprechen. Hier ist noch viel zu tun“, forderte Mansoori abschließend.

Unter <http://www.openpetition.de/petition/online/stand-up-speak-up-gemeinsam-fuer-schuelerrechte> kann man die Landesschülervertretung Hessen mit einer Online Petition in ihrem Anliegen unterstützen und sich für mehr Beteiligung und Mitbestimmungsrechte der Schülerschaft aussprechen.



# Sparmaßnahmen betreffen zwar nicht den Unterricht, aber sie graben den Schulen das Wasser ab

**In ihrer Pressemitteilung zum Schuljahresbeginn 2011/12 verspricht Kultusministerin Dorothea Henzler, auch in Zeiten zwingend notwendiger Haushaltskonsolidierungen nicht am Unterricht zu sparen. Aus unterschiedlichen Quellen kann man aber erfahren, dass die Sparmaßnahmen dafür verschiedene Bereiche der Lehrerausbildung treffen sollen. Dabei handelt es sich schlicht um eine Verlagerung des Problems, denn Einsparungen im Bereich der zweiten Phase der Lehrerbildung betreffen Schulen indirekt und die dadurch entstehenden Verluste an der Unterrichtsqualität sind erheblich.**

**Stichwort: Ausbilder-Schulstunden**

Die Unterrichtstätigkeit der Ausbilderinnen und Ausbilder soll auf genau sechs Wochenstunden festgelegt werden. Bisher gibt es hierzu einen Richtwert, dank dessen die Seminarleitung den Unterrichtseinsatz der jeweiligen Situation anpassen und damit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Einsatzschule sowie auf die persönliche Situation des Ausbilders nehmen kann.

Dieser muss sich aber auf zwei weitere Veränderungen seines Arbeitsfeldes einstellen: Die Senkung des Schlüssels für die Zuweisung von Ausbildern an Studienseminare von 5,9 auf faktisch 4,55 Ausbilder-Wochenstunden pro LiV sowie die Schließung von sehr kleinen Modulgruppen in der Fachausbildung führen zwangsläufig dazu, dass Ausbilder künftig für mehr LiV zuständig sein werden und für Unterrichtsbesuche gegebenenfalls weitere Wege und längere Fahrtzeiten in Kauf nehmen müssen.

Um neben der Unterrichtstätigkeit auch Ausbilderaufgaben wahrnehmen zu können werden Ausbilder verstärkt gezwungen sein, sich zu Gunsten der Ausbildertätigkeit vom Unterricht freustellen zu lassen.

Dies wird schon deshalb zwingend nötig sein, da die Unterrichtsbesuche, die für die Modulbewertung ausschlaggebend sind, nicht sofort mit Semesterbeginn starten können. Es wird zu einer Massierung der Besuche zum Semester- bzw. Schuljahresende hin kommen müssen, was zwangsläufig zu einem erhöhten Vertretungsbedarf an den Schulen führen wird..

**Stichwort: LiV-Stundenanrechnung**

Im Gespräch ist eine Erhöhung der Anrechnung der LiV auf das Stundendeputat ihrer Einsatzschule von derzeit 6,4 auf 8 Wochenstunden je LiV. 3,25 LiV ergäben damit eine Lehrerstelle von 26 Wochenstunden, die die Schulleitung nicht mit einer voll ausgebildeten Lehrkraft besetzen kann. Bisher gehörten dazu 4,06 LiV. Der Überhang an voll ausgebildeten Lehrkräften wird durch Abordnungen an andere Schulen kompensiert. Diese schmälern die Einsatzmöglichkeiten dieser Lehrkräfte an ihrer Stammschule, sie sind weniger präsent und in laufende Vorgänge eingebunden, was sich auf die Zusammenarbeit mit KollegInnen, Eltern und Schülerinnen und Schülern auswirkt.

**Stichwort: LiV-Zahl**

Durch die drastische Verringerung der landesweiten Stellen für LiV (Im Gymnasialbereich von 600 (1.2.2011) auf 384 Stellen (1.11.2011)) wird die Lehrervorsorgung in Mangelfächern auf dem Lande gefährdet.

Diese Maßnahmen widersprechen der Zusage Frau Henzlers in der oben genannten Pressemitteilung, dass „die Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler und die Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer stetig verbessert werden“. Sie beeinträchtigen den Unterrichtsalltag, verhindern Konstanz und Verlässlichkeit und behindern damit indirekt Lernprozesse.

Nicht am Unterricht soll gespart werden, aber auf Kosten der Schülerinnen und Schüler.



Protestaktion vor dem Haupteingang des Kultusministeriums.

# Geplante Kürzungen in der Lehrerbildung sind nach wie vor inakzeptabel!

**Demonstrativ und stellvertretend für 1.700 Lehrkräfte mit 1. Staatsexamen ohne Stellenangebot für den Vorbereitungsdienst rissen rund 100 junge Betroffene die gegen sie errichteten „Bildungsbarrieren“ vor dem Kultusministerium ein. Für den Aktionstag am 31.10.2011 hatte die facebookgruppe „Kein Referendariatsplatz in Hessen?“ und die GEW mobilisiert.**

**Jochen Nagel, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen erklärte:**

„Von wegen, in der Lehrerausbildung wird nicht gekürzt, wie dies die Regierung verlauten lässt. Auch wenn wir durch politischen Druck erreichen konnten, dass ab kommendem Jahr wieder genauso viele Bewerberinnen und Bewerber in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden sollen, wie bisher, bleibt es ein Skandal, dass zum Einstellungstermin am 1. November 2011 dennoch 300 Stellen für den Vorbereitungsdienst wegfallen sollen. Auch soll nach wie vor die Ausbildungsqualität durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Ausbilderinnen und Ausbildern erheblich vermindert werden. Nichts davon ist hinnehmbar“, so Nagel.

„Statt sinnlose Wartezeiten zwischen erster und zweiter Ausbildungsphase zu erzwingen, müssen alle ausgebildeten Lehrkräfte sofort in den Vorbereitungsdienst übernommen werden! Wie sehr dies notwendig ist, zeigt der massive Lehrermangel an Hessens Schulen, der es aller anderslautenden Sonntagsreden zum Trotz nach wie vor unmöglich macht, auch nur flächendeckend die Unterrichtsabdeckung zu gewährleisten.“

„Was aber tut die Regierung? Sie feiert ihr Vorhaben, doch ein bisschen weniger kürzen zu wollen, und handelt

selbst damit noch unverantwortlich gegenüber der jungen Generation, deren Recht auf gute Bildung auch ohne weitere Kürzungen kaum mehr gewährleistet ist. Als besonders zynisch muss man es in diesem Zusammenhang bezeichnen, dass seitens der Kultusbürokratie mit der Ablehnung zum Vorbereitungsdienst auch gleich das Angebot unterbreitet wird, statt die Ausbildung beenden zu können, doch als Billigkräfte an Schulen zu gehen. Und noch zynischer ist es, dass nun im Schulgesetz festgeschrieben wurde, bei Lehrermangel dürften die Schulen fortan auch auf Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zurückgreifen“, so Nagel weiter.

„Das alles lässt nur einen Schluss zu“, so Nagel abschließend. „Offenbar weiß die Regierung sehr wohl um den massiven Mangel an ausgebildeten Lehrkräften, setzt aber, statt ihm verantwortungsvoll zu begegnen, auf Deprofessionalisierung und den zunehmenden Einsatz un- oder nicht fertig ausgebildeter Kräfte im Unterricht. Gegen diese Bildungsabbaupolitik werden wir uns weiter zur Wehr setzen“, so Nagel anschließend.

Die Landesregierung forderte er erneut auf, alle Haushaltskürzungen im Bildungsbereich umgehend zurückzunehmen und den Haushalt endlich anhand einer Bedarfsanalyse, was für gute Bildung notwendig sei, aufzustellen.



Studierende bauten am 31.10 Bildungshürden vor dem Hessischen Kultusministerium in Wiesbaden auf.

# Kultusministerium nimmt doch Kürzungen vor - ausgerechnet bei den Schwächsten

**Drei Wochen vor Schuljahresbeginn hat das Hessische Kultusministerium die Zuweisung bei den Klinikschulen um 18% gekürzt. In unserem Bereich sind die Anna-Freud-Schule und die Schule für Kranke am Klinikum betroffen. Für sie hätte es ein Minus von 2,1 bzw. 2,5 Stellen bedeutet, wenn nicht nach massiver Intervention der Schulen eine Übergangsregelung vereinbart wurde. Es ist zu befürchten, dass unter dem Spardiktat der Schuldenbremse im kommenden Schuljahr die Kürzungen von 18% in vollem Umfang zum Tragen kommen.**

Als Interviewpartner stellten sich zur Verfügung Edgar Sachse, Schulleiter der Schule für Kranke am Klinikum, und Stephan Wendel, Leiter der Anna-Freud-Schule (Lahnhöhe / Vitos).

**GEW-aktiv: Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die gegenwärtige Situation der beiden Schulen dar?**

**Edgar Sachse:** Die Schule für Kranke am Klinikum der Universität versorgt derzeit in zwei Standorten, nämlich dem Klinikum auf den Lahnbergen mit dem Zentrum für Kinderheilkunde und der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Ortenberg täglich um die 80 Schülerinnen und Schüler aus allen Schulformen, allen Klassenstufen und einem Einzugsgebiet vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, Landkreis Gießen und der Wetterau. Die Verweildauer der Schülerpatienten beträgt zwischen wenigen Tagen bis hin zu mehreren Monaten. Im Jahr durchlaufen ca. 600 Schüler unsere Schule.

Unterrichtet wird überwiegend in 8 jahrgangsübergreifenden Lerngruppen von meist 8 Schülern, oft wegen Raum Mangels mit mehr Schülern, daneben in erheblichem Umfang Einzelunterricht am Krankenbett.

Mit der zuletzt geltenden Lehrerzuweisung von 0,17 Lehrerstelle pro Schüler verfügte die Schule über 13,6 Stellen, und konnte damit ein fachlich gegliedertes Schulangebot von max. 22 Gruppen-Wochenstunden (Kl. 10 und höher) pro Schüler anbieten. Außerdem war es bisher möglich, den emotional am stärksten belasteten Schülern ein Angebot an Einzelunterricht von bis zu vier Wochenstunden zu geben.

Mit diesem Angebot ist es bisher meist gut gelungen, für Kinder und Jugendliche, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen große Probleme im Zusammenhang mit ihrer Schullaufbahn hatten, eine Wiedereingliederung in die allgemeine Schule zu ermöglichen. In sehr vielen Fällen muss durch die SfK und die Klinik gemeinsam eine Weichenstellungen zur Schullaufbahn eingeleitet, begründet und begleitet werden, was mit Gutachtenerstellung, vielen 'Runden Tischen' und einem entsprechend hohen Arbeits- und Zeitaufwand verbunden ist.

Für das laufende Schuljahr konnten wir durch Unterstützung des Schulamtes die volle Reduzierung um 18% durch „Nachsteuerung“ kompensieren, so dass unsere Lehrerversorgung „nur“ um ca. 6% gegenüber dem Vorjahr verringert wurde.

Dies führte dazu, dass wir das Fach Biologie gar nicht mehr und Englisch für gymnasiale Oberstufenschüler nur mehr fachfremd anbieten können

**Stephan Wendel:** Die vom LWV Hessen als Schulträger organisierte Anna-Freud-Schule ist die zuständige Schule für alle Kinder und Jugendlichen aus dem Vogelsbergkreis, und den südlichen Gebieten der Kreise Schwalm-Eder sowie Waldeck-Frankenberg, die stationär in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Lahnhöhe aufgenommen werden. Sie nimmt im Hinblick auf ihre knapp 70 Schüler ähnliche Aufgaben wahr wie

die Schule am Ortenberg für ihre psychisch erkrankten Patienten; zusätzlich betreuen wir allerdings noch 8-9 Jugendliche aus dem Maßregelvollzug/MRV - dies bedeutet Therapie statt Strafe - des Landes Hessen, die ebenfalls in der Klinik untergebracht sind.

Für viele Eltern ist es außerordentlich wichtig, dass ihr Kind während des Klinikaufenthaltes, der ja für die gesamte Familie eine besondere Belastungssituation darstellt, kompetent und ausreichend gut schulisch betreut wird. Dies versuchen wir durch ein breit gefächertes - sehr individualisiertes - Angebot in den Kernfächern und vielen Nebenfächern so zu gewährleisten, dass dem sozialen Lernen seine besondere Rolle zukommt und zudem das Lernniveau der Stammklassen sinnvoll abgebildet wird.

Darüber hinaus benötigen wir etliche Kapazitäten für den MRV, in dem fast nur Einzelunterricht möglich ist und für Fördermaßnahmen in den Fächern Mathematik, Englisch und Deutsch, z.B. im Rahmen der Legasthenieförderung.

Durch die Kürzung der Lehrerversorgung um 3% in diesem Jahr konnten wir eine ausgezeichnete Diplombiologin, die seit einigen Jahren außerordentlich erfolgreich gerade im gymnasialen und Realschul-Bereich unterrichtet hatte, nicht mehr an der AFS halten, so dass das Fach Biologie - vor allen Dingen im gymnasialen Bereich - nunmehr nur sehr eingeschränkt erteilt werden kann.

**GEW-aktiv: Welche Auswirkungen hätte die volle Kürzung an Ihrer Schule, für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrkräfte?**

**Antwort:** Wird die Lehrerzuweisung wie im vorgegebenen Sprachgebrauch durch das KuMi „maßvoll und ausreichend angepasst“ verringert, würden an beiden Schule zusammen noch weitere knapp vier komplette Lehrerstellen wegfallen.

Das wird zwangsläufig eine Verringerung des Unterrichtsangebotes für jedes einzelne Kind/jeden einzelnen Jugendlichen zur Folge haben müssen, da man die Gruppengrößen (die Lerngruppenobergrenze der SfK liegt laut Richtlinien bei 4 - 8) angesichts der gravierenden Lern- und Verhaltensprobleme vieler psychisch erkrankter Schülerinnen und Schüler nicht noch weiter heraufsetzen kann.

Eine Reduktion der Stunden von 5 auf 4 Wochenstunden - wie vom HKM verordnet - wird bei einem statistisch signifikanten Teil unserer Schüler dazu führen, dass die eigentlich individuell benötigten Hilfen nicht mehr gegeben werden können und eine (deutlich) höhere Zahl der Reintegrationen in die Stammschulen scheitern werden: Die Auswirkungen auf die persönlichen Biographien der durch Krankheit bereits schwer belasteten Schüler ist die für uns deutlich sichtbare Konsequenz: Hier wird den gesellschaftlichen Bemühungen um verbesserte Reintegration benachteiligter und behinderter Menschen als Folge konkreter politischer Maßnahmen entgegen gearbeitet.



Konkret hieße die volle Kürzung um 18 %, für unsere Schulen, dass an den bereit gestellten Kapazitäten für alle individuell dringend benötigten Fördermaßnahmen (z.B. zeitweiser Einzelunterricht mit dem Ziel der späteren Integration in die Lerngruppe; Bildung von Kleinstgruppen mit speziellen Förderschwerpunkten, Hilfen bei Leseproblemen, Rechtschreibschwierigkeiten oder Dyskalkulie) gekürzt und die Anzahl der unterrichteten Nebenfächer (z.B. aus dem naturwissenschaftlichen Bereich) eingeschränkt werden muss, um wenigstens die Versorgung in den Bereichen Deutsch, Mathematik sowie Englisch sicherstellen zu können. Gerade im Hinblick auf Zeugniserstellung, die Spiegelung von realitätsnahen Verhältnissen als Abbild der (öffentlichen) Stammschulen und den Aufbau und Erhalt von Schulmotivation bei vielen lernschwierigen Jugendlichen ist ein breiteres Spektrum von Fächern nach unserer Meinung für eine Klinikschule außerordentlich wichtig.

Schon jetzt ist die Belastung im Umgang mit physisch und psychisch schwer kranken Kindern und Jugendlichen für die Kollegen hoch. Ein Unterricht in diesen heterogenen Gruppen bei dauernder Fluktuation der Schüler und sich laufend ändernder Gruppenzusammensetzung ist erfolgreich nur möglich bei extremer Individualisierung des Unterrichts und passgenauer Leistungsanforderung. Gleichzeitig muss durch Motivation, Differenzierung und genauer Leistungsanalyse sowie gezielte pädagogische Interventionen Verhaltensproblemen präventiv begegnet werden.

Viele Krankheitsbilder - etwa Psychosen oder Krebserkrankungen - verlangen vom Lehrer ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und eigener psychischer Stabilität.

Eine besondere Motivation der Lehrkräfte liegt im Erfolg der Maßnahmen. Wenn wir sehen, dass das, was wir investieren, auch und vor allem an persönlichen Ressourcen, für unsere Schüler hilfreich und die Maßnahmen erfolgreich sind, dann leisten wir auch gerne viel.

Bei einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsangebotes wird der Erfolg in vielen Fällen fraglich werden. Der einzelne Lehrer muss mehr Schüler betreuen, die jeweils weniger Unterricht erhalten können, aber genau wie zuvor pädagogisch diagnostiziert, beurteilt und gefördert werden sollen.

#### **GEW-aktiv: Welche Bedingungen wünschen Sie sich, um Ihre Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern?**

**Antwort:** Die Schulen für Kranke am Klinikum bzw. an der KJP Lahnhöhe in Cappel arbeiten an der Nahtstelle zwischen Medizin und Pädagogik. Sie kämpfen seit ihrer Gründung vor mehr als 40 Jahren um eine ausreichende Lehrerversorgung, um geeignete Räumlichkeiten und Ausstattung.

In der Schule am Ortenberg wurde - ebenso wie in der AFS - seit der offiziellen Anerkennung als öffentliche Schule des Landes Hessen 1976 wenigstens die Lehrerversorgung schrittweise nach einem vernünftigen Lehrer-Schüler-Schlüssel der jeweilig sich ändernden Schülerzahl angepasst. Die räumliche Situation, um deren Verbesserung die Schule auch enorme Anstrengungen unternommen hatte, blieb bis heute unbefriedigend. Das lag aber vor allem an ungeklärten Zuständigkeiten von Klinik - nunmehr überwiegend in privater Hand und Land Hessen als Schulträger.

Der LWV hat durch den Neubau eines Pavillons vor 4 Jahren auch für ein Platzangebot gesorgt, das zwar einige Möglichkeiten - z.B. eine ausreichend große Bibliothek - nicht anbietet, aber durch die multifunktionale Nutzung etlicher Räumlichkeiten insgesamt als akzeptabel angesehen werden kann.

Wenn nunmehr die Lehrerzuweisung auf den Faktor 0,14 Lehrerstelle pro Schüler zurückgefahren wird, so ist das

ein herber Rückschlag eine schwere Enttäuschung für alle in den beiden Schulen arbeitenden Personen. Durch das große Engagement der Lehrkräfte war mit der vorherigen Lehrerversorgung eine gute Betreuung und qualifizierter Unterricht der Schülerpatienten möglich.

In vielen Bereichen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist aber in den letzten Jahren deutlich geworden, dass die Lebenssituationen der jungen Menschen und deren Familien in vielerlei Hinsicht komplexer und Lösungen bei Problemen und das Finden von Wegen aus Krisen deutlich schwieriger geworden sind. Stationär in die Kinder- und Jugendpsychiatrien werden nur solche Kinder und Jugendliche aufgenommen, bei denen prophylaktische Maßnahmen, frühe Hilfen und ambulante Strukturen keine ausreichende Wirkung gezeigt haben. Wir wünschen uns für unsere Arbeit für diese (psychisch) erkrankten Kinder und Jugendlichen die Hilfe vieler gesellschaftlicher Kräfte, aber besonders die gezielte Unterstützung von unseren Schulträgern, von der Hessischen Landesregierung und in diesem konkreten Fall besonders durch unsere vorgesetzte Dienstbehörde, das Hessische Kultusministerium.

#### **Wie stellt sich die Situation der anderen Schulen für Kranke in Hessen dar ?**

**Antwort:** In Marburg haben die Schulen für Kranke - durch das Engagement aller Beteiligten und das verantwortliche Handeln des SSA - nur maßvolle Kürzungen der Lehrerzuweisung erhalten. Sehr viele andere Schulen der gleichen Schulform mussten schon jetzt die Folgen der vollen Kürzung um 18 % für ihre Schulen hinnehmen.

Der Hintergrund für den Stellenmangel liegt in einer Verweigerung der Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen durch das HKM bei der gleichzeitig vom Hessischen Sozialministerium forcierten Ausweitung einer landesweiten, ausreichenden psychiatrischen Versorgung von hoher Qualität, die folgerichtig mit der Schaffung von Schülerplätzen an Schulen für Kranke verbunden sein müsste. Es kann nicht sein, dass real vorhandene Schülerplätze in den neuen Schulen für Kranke aus einem Etatposten mit Lehrerstellen versorgt werden, der einfach nicht mehr aufgestockt wird: Dies zieht die völlig unverständliche Konsequenz nach sich, dass eine Verbesserung der medizinisch-psychiatrischen Versorgung in Hessen zwangsläufig eine Verschlechterung der schulischen Betreuung der betroffenen Kinder und Jugendlichen nach sich ziehen muss.

Eine solche Kürzung der Mittel pro krankem Schüler wird mit Sicherheit die positive Wirkung von Teilen der zusätzlich eingesetzten Gelder aus dem Gesundheitsbereich zunichte machen und unweigerlich gesamtgesellschaftlich weitere Folgekosten nach sich ziehen: Eine das Gemeinwesen zusätzlich belastende und volkswirtschaftlich auch gegenüber der Öffentlichkeit nur schwer vertretbare Konsequenz.

Erschreckend finden wir, dass auch somatisch erkrankte Kinder und Jugendliche - z.B. auf Krebsstationen und in (herz)chirurgischen Kliniken - bereits jetzt von den Auswirkungen der Zuweisungskürzungen in vollem Umfang betroffen sind.

Wir hoffen sehr, dass die Landesregierung an dieser Stelle ihre Haltung noch einmal überdenkt und den Schulen für Kranke ihre Ressourcen und damit auch ihre jeweilige Handlungsfähigkeit in vollem Umfang wieder zurück geben wird.

**Vielen Dank für Ihre Bereitschaft zu diesem Interview. Sie können davon ausgehen, dass sich die GEW und der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mittel für eine ausreichende Zuweisung einsetzen wird.**

Das Interview führte  
**Angelika Gerschlauser**

## Standpunkte zur Inklusion:

# Hessen spart sich die Inklusion

**Auf mehreren Schulleiterdienstversammlungen wurden den Schulleiterinnen und Schulleitern das neue Hessische Schulgesetz und die Verordnung, die die Einführung der Inklusion in Hessen bis ins Detail regeln soll vorgestellt. Die Kritik von Fachverbänden, Eltern- und Schülervertretungen und auch von Schulleitungen und Mitarbeitern aus den Staatlichen Schulämtern wurde in Wiesbaden nicht gehört.**

**Stellvertretend für die Vielfalt der Kritik stellen wir zwei Standpunkte vor:**

„Hessen spart sich die Inklusion“ unter diesem Titel kritisiert der Förderschullehrer Johannes Batton (Kassel) die neue Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) vom Juli 2011.

Am 2. Dezember 2010 wies die Hessische Kultusministerin Henzler Kritik an einer unzureichenden Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen zurück.

„Ein hochwertiger gemeinsamer Unterricht wird unter Beachtung der dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel schrittweise zum Regelfall...“, versprach die Ministerin in einer Pressemitteilung. Sie wies daraufhin, dass hessische Schülerinnen und Schüler im ge-

meinsamen Unterricht durchschnittlich ein Förderkontingent von fünf bis zehn Förderschullehrer-Stunden pro Schüler und Woche erhielten. Damit habe Hessen, so die Ministerin, „im Vergleich zu anderen Bundesländern einen guten Standard“.

Offenbar war dieser Standard der Ministerin zu gut und der Unterricht zu hochwertig, denn nach dem vorliegenden Entwurf einer Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) sollen sich die Standards für „gemeinsamen Unterricht“ (in Gesetz und Verordnung nur noch „inklusive Beschulung“ genannt) drastisch verschlechtern so Johannes Batton.



**Den Aufsatz kann man im Original nachlesen und googlen unter: [www.Hessen spart sich die Inklusion](http://www.Hessen_spart_sich_die_Inklusion)**

### Direkter Draht zu den Mitgliedern der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat:

**Angelika Gerschlauer**

Telefon 06462 - 913183

**Hartmut Möller**

Telefon 06421 - 590267

**Wiltrud Lambinet-Potthoff**

Telefon 06421 - 78786

Maria Jacobsohn

06421 - 1678783

Barbara Volk

06421 - 24832

Friedhard Werner

06421 - 682441

Werner Wörder (Vertrauensmann der Schwerbehinderten)

06421 - 163820

Adnan Yildirim (Angestelltenvertreter)

06461 - 926698

Hille Kopp-Ruthner

06421- 21525

Jürgen Hahn-Schröder

06421 - 1689220

Doris Bunke

06427 2330

Uwe Lange

0151-19448948

**(1. Vorsitzende)**

webmaster@agerschlauer.de

**(2. Vorsitzender)**

moellermarburg@googlemail.com

**(Fraktionssprecherin)**

lambinetw@aol.com

maria.jacobsohn@web.de

barbara\_volk@web.de

werner.marburg@gmx.de

wew@gmx.tn

ayildirim@freenet.de

hille.kopp@gmx.de

hahn-schroeder@t-online.de

doris-bunke@email.de

u.lange@bs-biedenkopf.de

### Kontakt zum Gesamtpersonalrat:

06421 - 616 560, Fax: 06421 - 616542, E-mail: [gprll@mr.ssa.hessen.de](mailto:gprll@mr.ssa.hessen.de)

### Sprechzeiten im Büro:

In der Regel dienstags von 10.00 -12.30 und 14.00 - 16.00 Uhr



Die folgende Erklärung wurde am Samstag, dem 17. September 2011, im Rahmen des GEW-Bildungstags von rund 180 Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und sozialpädagogischen Fachkräften aus den Kreisen Groß-Gerau und Main-Taunus mit überwältigender Mehrheit angenommen.

## KELSTERBACHER ERKLÄRUNG

### Kinder, Eltern und Schulen brauchen Verlässlichkeit! Inklusion braucht Ressourcen!

Das Land Hessen ist verpflichtet, die Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention zur inklusiven Bildung umzusetzen. Die bisherigen Schritte der hessischen Landesregierung sind zögerlich und widersprüchlich. Der Entwurf für eine neue Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung, die die Grundlagen zur Realisierung der Grundsätze inklusiver Bildung legen soll, enthält schwerwiegende Mängel. Schulen im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Kreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis gehören zu den Vorreitern der Integration von Kindern mit Behinderungen. Andere Schulen haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht und sind mit der Ausgestaltung des Gemeinsamen Unterrichts (GU) Schritte zur Inklusion gegangen. Sie sehen diese Entwicklung durch die neuen Vorgaben bedroht:

- Klassen, in denen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet wurden, hatten aus guten Gründen eine niedrigere Schülerzahl. Diese Klassenobergrenzen sind in der neuen Verordnung nicht mehr vorgesehen.
- Für eine Schülerin oder einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf waren 5 bis 10 zusätzliche Lehrerstunden vorgesehen. Diese Zuweisung wurde in den vergangenen Jahren zunehmend unterschritten. Jetzt soll sie noch weiter reduziert werden.
- Sprachheilklassen und Kleinklassen für Erziehungshilfe werden abgeschafft. Die Kolleginnen und Kollegen sollen überwiegend nur noch beratend tätig sein.
- Die Vorschriften zur Einrichtung und zur Arbeit von Förderausschüssen sind in hohem Maße bürokratisiert und zeitaufwändig.
- Förderschullehrer sollen, sofern ihre Stammschule eine allgemeinbildende Schule ist, an Förderschulen versetzt werden. Die Entscheidung über son-

derpädagogische Ressourcen und den Personaleinsatz liegt zukünftig vor allem bei den Beratungs- und Förderzentren.

#### Inklusive Schulen brauchen inklusive Kollegien

Schulen, die sich auf den Weg zur Inklusion machen, müssen sich verändern. Dazu braucht man in der allgemeinen Schule, der Schule für alle Kinder, multiprofessionelle Teams aus Regelschullehrerinnen und -lehrern, sozialpädagogischen Fachkräften und Lehrkräften mit besonderen Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich der Förderdiagnostik und Förderpädagogik. Regelschulen, die sich verändern wollen, brauchen die Fachkompetenzen als Ressource für das Gesamtkollegium dauerhaft und verlässlich in ihrer Schule. Die Absicht des Verordnungsentwurfs, alle Förderschullehrkräfte an den Beratungs- und Förderzentren anzusiedeln und dann für begrenzte Zeiten und begrenzte Zeiträume in den Regelschulen einzusetzen, geht in die falsche Richtung. Dies belegen die Erfahrungen in den Kleinklassen im Kreis Groß-Gerau und in den Grundschulen des Main-Taunus-Kreises, wo Förderschullehrkräfte gemeinsam mit den Lehrkräften der allgemeinen Schule in den Klassen mit den Kindern arbeiten, zum Kollegium gehören, gemeinsam die Schule verändern und ihre Arbeit nicht ausschließlich auf die Beratung konzentrieren.

Die personelle Versorgung inklusiver Schulen muss förderliche und arbeitsfähige Strukturen durch Kontinuität und Verlässlichkeit gewährleisten. Bestehende Standorte an allgemeinen Schulen mit sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrkräften müssen erhalten und ausgebaut werden. Bewährte Konzepte müssen weiterentwickelt werden. Schrittweise ist diese erfolgreiche Arbeitsweise mit Unterstützung der Beratungs- und Förderzentren auf weitere Schulen aller Schulformen und Schulstufen auszuweiten.

**Inklusion geht alle an!**

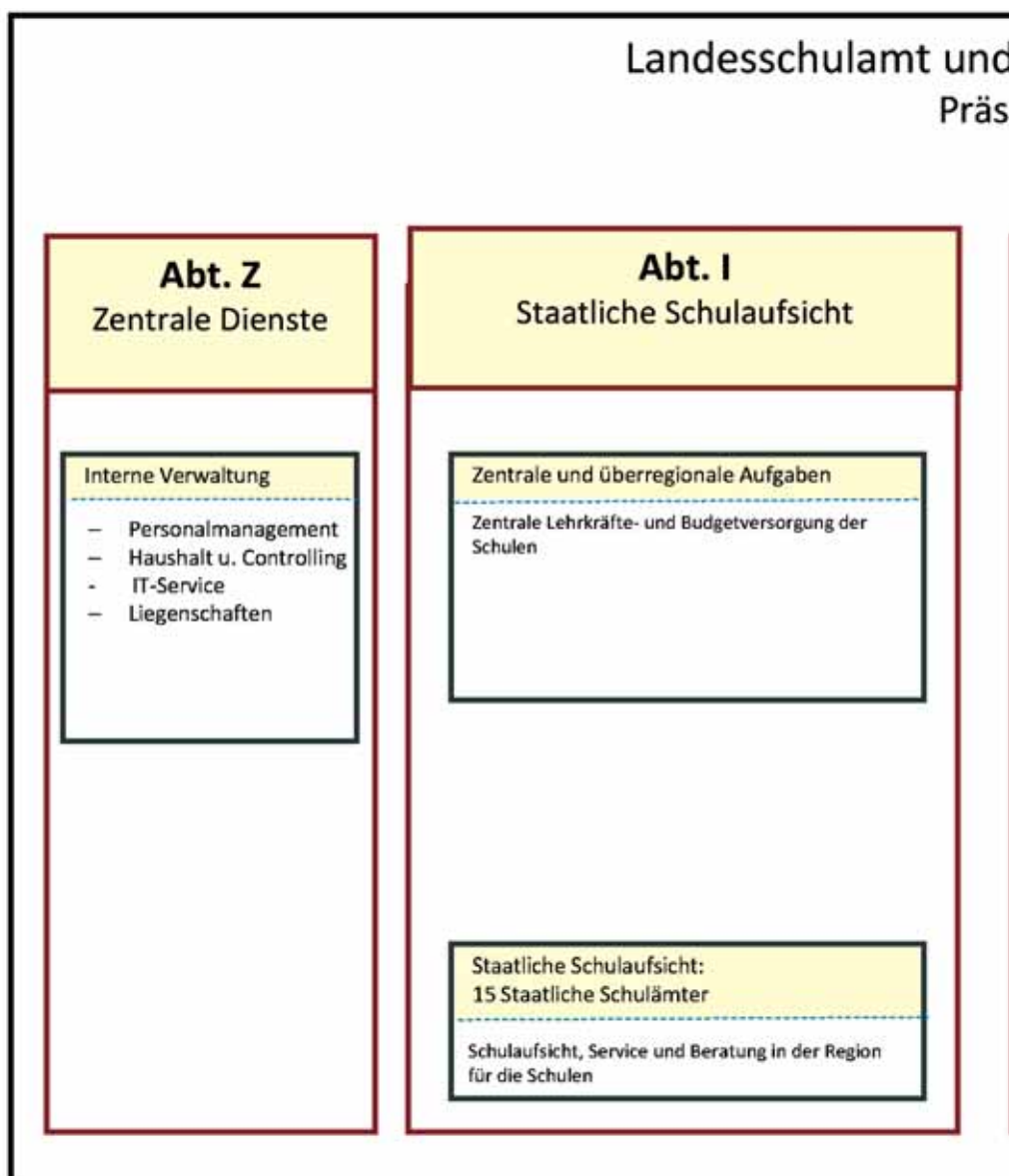


[www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)



GEW-Veranstaltung zu Inklusion in der Elisabethschule.

Foto: Erich Schumacher



## Staatliche Schulämter in Hessen: 15 + 1 Kultusministerin Henzler stellt die Grundstruktur der Reform der Schulverwaltung vor Protest hat sich gelohnt!

Anlässlich der Rede von Kultusministerin Henzler auf dem 30. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen erklärte Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen: „Wir begrüßen es sehr, dass Kultusministerin Henzler im Rahmen unserer Landesdelegiertenversammlung klargestellt hat, dass sie und die Regierung von ihren Plänen Abstand genommen haben, die hessischen Schulämter zu reinen Außenstellen einer Zentralverwaltung zu degradieren.“

Stattdessen wird es vor Ort nun weiterhin möglich sein, zu gestalten statt nur zu verwalten: Schulämter werden weiterhin Problemlösungen erarbeiten und deren Umsetzung auch verantworten dürfen. Auch wurde damit die demokratischen Beteiligungsrechte in den Regionen gesichert. Dies hat die GEW seit Langem gefordert - alles andere hätte zu massiven Problemen an den Schulen geführt“, so Nagel in Fulda.

Am 9. November hatte auch der Leiter des Staatlichen Schulamtes, Schulamtsdirektor Müller, in einer kurzfristig anberaumten Personalversammlung die Beschäftigten des Staatlichen Schulamtes und den Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer informiert:

Jetzt endlich ist es offiziell: die 15 Standorte der Staatlichen Schulämter bleiben erhalten. CDU und FDP haben sich auf ein ganz neues Modell geeinigt. Sollte zunächst die Zahl der Staatli-

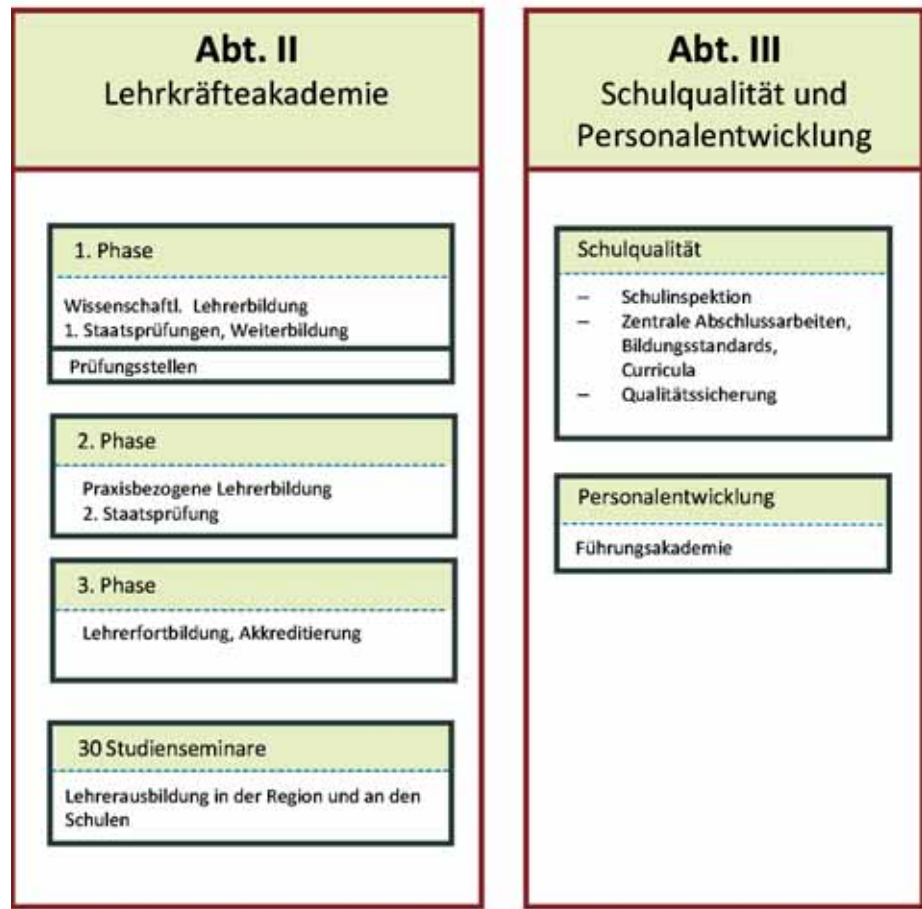
chen Schulämter von 15 auf ein zentrales Amt reduziert werden, sieht das neue Modell jetzt vor, die 15 Staatlichen Schulämter zu erhalten und zusätzlich noch ein neues, zentrales „Landesschulamt und Lehrkräfteakademie“ zu schaffen.

„Wir können uns nur wundern über dieses Konzept, wir staunen wie beweglich doch noch die Landesregierung in ihren politischen Entscheidungen sein kann. Qualitativ bewerten können wir



Schulamtsdirektor Müller.

## M

Lehrkräfteakademie  
ident

allerdings das neue Modell noch nicht, denn außer ein paar dünnen Zeilen einer Presseerklärung und einer schematischen Darstellung des Modells liegen uns noch keine weiteren Informationen vor," erklärte Hartmut Möller für die GEW - Marburg.

Die Proteste aller Personalräte aus Hessen gegen die geplante Zentralisierung der Staatlichen Schulämter, Schließung von Studienseminaren und die Proteste gegen die Nichteinstellung von über 1000 Referendaren hatte Wirkung gezeigt. Zeitweise wusste man nicht mehr so genau, wer eigentlich das Ruder noch im Kultusministerium in der Hand hat. Geht die Ministerin von Bord oder wird sie gegangen, spekulierte die Frankfurter Rundschau.

Seit Monaten wurden Konzepte nur hinter verschlossenen Türen gehandelt, alle warteten auf eine offizielle Erklärung aus dem Ministerium und dann verkündet zur Überraschung aller irgendein FDP-Abgeordneter im Hessischen Landtag - den Namen Wolfgang Greilich braucht man sich nicht unbedingt zu merken - das neue „Reformkonzept“.

Künftig soll es ein zentrales „Landeschulamt“ geben, das Amt für Lehrerbildung (AFL), das Institut für Qualitätsentwicklung und die Führungsakademie

sollen in dieses Amt integriert werden. Das Konzept sieht weiter vor, dass die Standorte der 15 Staatlichen Schulämter erhalten bleiben, sie sollen die Funktion von Schulaufsicht, Service und Beratung in der Region für die Schulen haben.

Nachdem nun dieser Abgeordnete das Konzept ausgeplaudert hatte, schlugen die Wellen in der Regierungskoalition hoch. Die Ministerin wurde wieder einmal als handlungsunfähige Bildungspolitikerin aus den eigenen Reihen bloßgestellt und ihr Chef, der Ministerpräsident, stellte sich nicht klar und deutlich hinter sie.

Am 8. November, verteilte das Kultusministerium eine Pressemitteilung, in der die „Grundstruktur der Reform der Schulverwaltung“ vorgestellt wurde und in der für uns eine weitere zentrale Aussage getroffen wurde: **„Die Personalräte bleiben erhalten.“**

Wir können nur feststellen: unser Protest hat sich gelohnt und wir werden weiter kritisch den Kurs des Kultusministeriums verfolgen, auch um weiteren Schaden von unseren Schulen abzuwenden! Denn es kann nicht sein, dass man die 15 Standorte der Staatlichen Schulämter zwar erhält, zusätzlich jetzt noch ein neues, zentrales Landeschulamt schafft, dafür aber Personal in den Regionen abbaut!



Fotos: Erich Schumacher



## Stärken realistisch einschätzen:

# Vertiefte Berufsorientierung (VBO) an den Beruflichen Schulen Biedenkopf (bsb)

Seit dem 01.02.2011 führen die Beruflichen Schulen Biedenkopf eine vertiefte Berufsorientierung in Zusammenarbeit mit den Hauptschulen des Altkreises Biedenkopf, der Agentur für Arbeit, dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, der IHK und anderen durch.

Die Beweggründe zur Initiierung dieser Maßnahme lagen in der für uns zu hohen Zahl der Jugendlichen, die nicht in Ausbildung vermittelt werden konnten, in den zu erwartenden Auswirkungen des demographischen Wandels und den positiven Erfahrungen, die wir bei den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung sammeln konnten.

Nachdem die Schüler/innen in der Hauptschule eine Kompetenzanalyse durchgeführt haben, können sie sich auf deren Grundlage und in Absprache mit ihren Klassenlehrer/innen in zwei der sieben folgenden Berufsfelder einwählen, die die bsb anbieten:

- Holztechnik
- Bautechnik
- Elektrotechnik
- Metalltechnik
- Ernährung und Hauswirtschaft
- Wirtschaft und Verwaltung sowie
- Pflege und Gesundheit

Die Schüler/innen besuchen jeden Freitag für ein Schulhalbjahr die bsb, wobei sie von ihren Klassenlehrer/innen begleitet werden. Die Gruppengröße pro Berufsfeld liegt bei maximal zehn Schüler/innen, sodass bei 60 bis 70 Schüler/innen und vier begleitenden Klassenlehrer/innen aus den Hauptschulen, die die Gruppen abwechselnd begleiten, etwa durchschnittlich 1,6 Lehrerstunden pro Unterrichtsstunde zu veranschlagen sind.

Berufsausbildung

- Stärkung von Gender-Aspekten bei der Berufswahl (z. B. Frauenanteil in technischen Berufen, Männeranteil in Pflegeberufen oder sozialpädagogischen Berufen)
- Zusammenarbeit der Schulen beim Übergangmanagement zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung
- Nutzen von Synergieeffekten durch Aufbau von Netzwerken
- Verbesserung der Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

Nach Beendigung des Unterrichts in einem Berufsfeld - nach ca. neun Unterrichtstagen - erfolgt eine Evaluation, bei der nicht nur die Schüler/innen sondern auch die Lehrkräfte der Hauptschulen und der bsb ihre Einschätzung abgeben. Dabei haben wir bislang feststellen können, dass das Projekt von allen Beteiligten sehr positiv eingeschätzt wird.

Durch die vorhandenen Neigungen, die während der VBO gewonnenen Erfahrungen und erworbenen Kompetenzen sowie gezielte Praktika, die sich an die VBO anschließen, sollen die Schüler/innen mehr über die ins Auge gefassten Ausbildungsberufe erfahren. Gleichzeitig haben die Ausbildungsbetriebe die Chance, geeignete Auszubildende für ihr Unternehmen zu gewinnen. Zusätzlich bieten die bsb den Schüler/innen im Anschluss daran an, den



Im Rahmen der VBO sollen Schüler/innen handlungs- und projektorientiert ihr Verhalten und ihre Stärken realistisch einzuschätzen lernen, eigenes Talent durch praktisches Tun entdecken und bei der zielgerichteten Auswahl von Praktikumsplätzen unterstützt werden.

Durch Informationen über Ausbildungsberufe lernen die Schüler/innen, sich in der Arbeitswelt zu orientieren und können so berufliche Perspektiven entwickeln.

Im Einzelnen werden angestrebt:

- Stärkung der Hauptschüler/innen beim Finden von Ausbildungsstellen
- Förderung der Ausbildungsreife
- Senken der Abbrecherquoten in der

Unterricht in den potentiellen Ausbildungsberufen zu besuchen, um neben der Praxis auch die Theorie kennen zu lernen.

Aufgrund der Erfahrungen, die wir im vergangenen Jahr mit der VBO haben gewinnen können, sind wir der Meinung, dass nicht nur die Hauptschüler/innen von dem Projekt profitieren sollten, sondern auch die Realschüler/innen flächendeckend eingebunden werden sollten. Hier sehen die bsb - als das Zentrum des beruflichen Lernens im Altkreis Biedenkopf - für sich eine wichtige Aufgabe. Sie sehen sich dabei als Dienstleister für die Schüler/innen, die Unternehmen und die Region. **Reiner Haffer**

## Neue Arbeitsgruppe gegründet: Schule ohne Militär

Vor einiger Zeit hat sich die Arbeitsgruppe "Schule ohne Bundeswehr" der GEW Hessen gegründet. Diese hat nun einen Flyer erstellt, den ihr auf der homepage der gew-hessen findet, sowie zusammen mit unserem Bildungswerk eine Reihe von Schwerpunktveranstaltungen zum Thema organisiert; Informationen auch hierzu in der Anlage - über Euer zahlreiches Erscheinen freuen wir uns. Wichtig beim Thema ist selbstverständlich auch die juristische Betrachtung. In einer Art "Rechtsgutachten" zum Thema, wird unter anderem festgestellt:

„Da die Jugendoffiziere der Bundeswehr als solche die Voraussetzungen für eine unabhängige Urteilsbildung nicht erfüllen, muss unter den heutigen Bedingungen der Landesgesetzgeber darüber entscheiden, ob sie zum Schulunterricht zugelassen werden. Bejaht er dies, sind gesetzliche Regelungen erforder-

lich, durch die gewährleistet wird, dass die für den Unterricht verantwortlichen Lehrer in der Lage sind, als Korrektiv zu wirken. Soweit erforderlich muss der Landesgesetzgeber außerdem sicherstellen, dass auch andere Formen der Einflussnahme der Bundeswehr auf die Schulen das Erziehungsziel der staatsbürgerlichen Urteilsfähigkeit nicht untergraben. Eine Regelung dieser Fragen durch Kooperationsvereinbarungen der Schulverwaltung mit der Bundeswehr ist auch mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar. Entscheidungen von solcher Tragweite für die Verantwortungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in der Grenzsituation eines Krieges müssen aus einer öffentlichen Debatte hervorgehen.“

 **Kontakt zu der AG:**  
[jwernicke@gew-hessen.de](mailto:jwernicke@gew-hessen.de)

## Gehaltserhöhung? Wir werden schamlos abgehängt!

**Die Diäten der Landtagsabgeordneten steigen in diesem Jahr um 2,8 Prozent auf 7141 Euro. Begründet wird dies mit der allgemeinen Einkommensentwicklung.**

**Demgegenüber werden wir Lehrerinnen und Lehrer schamlos abgehängt. Verbeamtete Lehrkräfte sogar mehrfach, denn ihr Gehalt wird nicht durch Tarifverhandlungen, sondern durch Gesetz bestimmt.**

1. Statt 2,8 Prozent für Landtagsabgeordnete erhalten die Lehrerinnen und Lehrer nur 1,5 Prozent, also etwa die Hälfte - abgemildert durch eine Einmalzahlung von 360 Euro für Angestellte.
2. Verbeamtete Lehrkräfte erhalten keine Einmalzahlung.
3. Verbeamtete Lehrkräfte erhalten die Gehaltserhöhung statt zum 01.04.2011 erst zum 01.10.2011, verlieren also 6 mal 1,5 Prozent oder 9 Prozent eines Monatsgehalts. (Hinweis: Da sich das Gesetzgebungsverfahren gegenüber den Planungen noch einmal verzögert hat, wird die Erhöhung für den Oktober erst rückwirkend im November ausgezahlt.)
4. Im kommenden Jahr sollen die verbeamteten Lehrkräfte die vereinbarte Erhöhung von 2,6 Prozent statt zum 1. März 2012 erst zum 1. Oktober erhalten, verlieren also 7 mal 2,6 Prozent oder 18,2 Prozent eines Monatsgehalts. Der Einkommensverlust der verbeamteten Lehrkräfte beträgt mindes-

tens 1200 Euro gegenüber dem schon geringen Abschluss der Angestellten.

Die Übertragung des durch die Gewerkschaften ausgehandelten Tarifergebnisses für die Angestellten auf die Beamten war bis 2004 eine Selbstverständlichkeit. Es gab nur eine Ausnahme und zwar 1989. Damals haben auch verbeamtete Lehrkräfte gestreikt und ganz erheblich zu einem Wechsel der Landesregierung beigetragen. Die neue Landesregierung hatte dann das Tarifergebnis per Gesetz auch auf die Beamten übertragen.

Wenn wir nicht wollen, dass wir auf Dauer immer und immer wieder abgehängt werden, müssen auch verbeamtete Lehrkräfte wie 1989 klare Stoppsignale senden.

Dies würde zusätzlich die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen für die Angestellten stärken und von vornherein zu höheren Abschlüssen führen. **PM GEW-Hanau**

## GEW stellt Material zum Neuen Schulgesetz ins Netz

**Als Service für Personalräte, Mitglieder und Interessierte hat die GEW Hessen eine Powerpointpräsentation (9,5 MB) zum neuen Schulgesetz und den damit verbundenen Veränderungen erarbeitet, die wir hier zum Download anbieten. Es gibt zum einen eine Version im Powerpoint-Format, die man für eigene Vorträge nutzen kann.**

# GEW diskutiert über die Henzler'schen „Reformen“

## Ökonomisierung des Bildungswesens in der Kritik:

Die FDP-Kultusministerin und die schwarz eingefärbte Kultusbürokratie hatten sich das einfach vorgestellt: Dem Wunsch der in der Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände VHU zusammengeschlossenen Lobbyorganisationen nach neoliberaler Formierung nachkommend - „Selbstständige Schule 2015“ hieß deren 2004 herausgegebener „Vorschlag für ein neues Leitbild“ -, sollte endlich die Wende hin zu einer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung des Schulsystems vollzogen werden. „Neben einer pädagogischen Normung durch Bildungsstandards“, so hatte die VHU verlangt, seien „mehr Autonomie, Profilbildung und auch Wettbewerb (...) dabei die Benchmarks der Zukunft“ für den „Dienstleister“ Schule.

Wie bestellt, so geliefert: „Selbstständige Schule“, „Bildungsstandards“, „Kompetenzorientierung“ ... Der Paradigmenwechsel von der „Input-“ zur „Output-Orientierung“ - laut KuMi die umfassendste curriculare Umwälzung, die hier je stattgefunden hat - sollte in aller Stille durchgeschoben werden: Geheimhaltung bei dem jahrelangen Gewürge bis zur Veröffentlichung der „Kerncurricula“, Anordnung der Umsetzung und: keine Diskussion! Letzteres übrigens ein auffälliges Novum bei Lehrplanänderungen in Hessen.

Bisher scheint das Konzept aufzugehen. Zugeschüttet mit den Anforderungen der „Umsetzung“ - dies vielleicht der wichtigste Terminus der „Reform“-Praxis -, kommen die Kolleg/innen gar nicht dazu, die pädagogischen Konsequenzen zu überdenken. Verwirrend wirken zudem das Effektivität suggerierende betriebswirtschaftlich-technizistische Wortgeklingel und seine Verbindung mit zunächst so menschenfreundlich erscheinenden Vokabeln wie „Individualisierung“ und „Selbstständigkeit“. Und dann sind da ja noch die aus guten Gründen so extrem unbeliebten bisherigen Wolff'schen „Lehrpläne“ ...

Aber die Zweifel wachsen. Spätestens seit dem Kölner Kongress „Bildungsstandards auf dem Prüfstand“ im Juni 2010 befindet sich die Erziehungswissenschaft nach langer Schockstarre im offenen Aufstand gegen den „Bluff der Kompetenzorientierung“ (so der Untertitel des

Kongresses). Die Kollegien, die sich erlassgemäß mit der Umsetzung der „Bildungsstandards und Inhaltsfelder“ in neue Schulcurricula abquälen, stoßen zunehmend auf das Problem, dass unter der Oberfläche der so rätselhaft verschwurbelten sprachlichen und inhaltlichen Struktur der Texte recht triviale Wahrheiten und fragwürdige didaktische Ansätze zum Vorschein kommen. Bei wachsender Anstrengung scheint die „Qualitätsentwicklung“ des Unterrichts eher in größere Ferne zu rücken. Mit anderen Worten: Das Unbehagen an der erzwungenen pädagogischen und schulpolitischen Richtungsänderung wird größer, und entsprechend wächst der Klärungsbedarf.

Die Marburger GEW will dem nachkommen und einen Ersatz für den von der Kultusbürokratie unterbundenen Diskussionsprozess liefern. Nachdem eine Veranstaltung über das Pro und Kontra von Bildungsstandards und Kompetenzorientierung am 25.8.2011 großes Interesse gefunden und viel Stoff zum kritischen Nachdenken geliefert hat, wird jetzt für Frühjahr/Sommer 2012 eine Vortags-Reihe zur Schulreform in Deutschland und zur Kritik der Ökonomisierung des Bildungswesens vorbereitet. Es soll dort nicht nur um den hessischen „Reform“-Ansatz und seine neuen Zauberwörter gehen, sondern um die Hintergründe solcher Bestrebungen im Kontext (welt-)wirtschaftlicher Entwicklungen, um Erfahrungen aus erfolgreichen und erfolglosen Reformprozessen anderer Länder, vor allem aber um die Kritik aktueller Fehlentwicklungen und um mögliche Alternativen.

Wie anregend und nützlich eine solche freie und tabulose Debatte sein kann, zeigen die Thesen, zu denen die beiden Referenten der Veranstaltung vom August ihre Vorträge destilliert haben und die wir hier zwecks Anregung zu weiterer Diskussion zur Verfügung stellen.

Die GEW-Arbeitsgruppe „Kompetenzorientierung/Bildungsstandards“ trifft sich übrigens alle drei Wochen und ist für weitere Mitstreiter offen. Ihre aktuellen Termine erfährt man bei wilfriedmuellerradtke@gmx.de.

**Bernd Georgy**



Veranstaltung der GEW im August zu Bildungsstandards in der Kaufmännischen Schule.

*Foto: Erich Schumacher*



# Thesen zur Debatte um kompetenzorientierte Bildungsstandards

von Prof. Peter Euler, TU Darmstadt

Die neueste Bildungsreform mit kompetenzorientierten Bildungsstandards im Gefolge der Pisa-Ergebnisse ist keine, die die Schule mehr zu dem machen könnte, was sie pädagogisch sein sollte. Im Gegenteil entspringt sie dem massiven Interesse an der Unterwerfung aller Lebensbereiche unter ökonomische Verwertungsbedingungen, wodurch Bildungspolitik explizit zu einem Teil der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verkommt. (Weißbuch der Europäischen Kommission 1995, GATS-Abkommen 1995). Die Kritiker dieser Reform ergreifen demgegenüber Partei für das Pädagogische in der Schule, für Bildung und Mündigkeit. Die vom Diktat der Ökonomie bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse sind von heftigen Krisen erschüttert und verlangen gerade jetzt gebildete, mündige Individuen die der „allgemeinen Beratung zur Verbesserung der menschlichen Angelegenheiten“ (Comenius) fähig sind.

Die Rhetorik der Reform entstammt unverhohlen dem Business, die Instrumente aus der Betriebswirtschaftslehre und der pädagogischen Psychologie. Sie verdrängt dadurch die Eigengesetzlichkeit von Bildung und Pädagogik, Begriffe, die im „Unternehmen Bildung“, das der Sicherung und Steigerung der Lerneffizienz verpflichtet ist, veraltete und unbrauchbare Reformkategorien geworden sind.

„Kompetenzorientierung“ heißt das Zauberwort! Von der bestehenden Unterrichtspraxis zeichnet die Reformpropaganda ein Zerrbild der Inputorientierung und Stofffixiertheit im lehrerzentrierten Unterricht, um von dieser Folie aus die neu ausgerufenen „Schülerorientierung“ in hellstem Licht als Lösung alter und neuer pädagogischer Probleme erstrahlen zu lassen. Doch die Kompetenzorientierung ist weder - wie suggeriert wird - wissenschaftlich gesichert, noch politisch neutral. Ihre Plausibilisierung als Schülerorientierung lebt von einer relativ simplen Psychologisierung sachlich viel schwierigerer Bildungs- und Vermittlungsprobleme.

Entgegen dem beanspruchten Habitus ist die Kompetenzorientierung auch alles andere als wissenschaftlich empirisch gesichert, geschweige denn in der Wissenschaft Konsens. Das Gegenteil ist der Fall! Schon Weinert, dessen Kompetenzdefinition gebetsmühlenartig beansprucht wird, kritisierte vehement das falsch eingeschätzte pädagogisch-unterrichtliche Potential psychologischer Erkenntnisse. Die Reformer geben sogar zu, dass sie bislang keine Theorie der Kompetenzentwicklung haben, was die Bedingung z.B. für die Graduierung von Kompetenzen ist, was aber die politische Inkraftsetzung seit 2003 nicht verhindert hat.

Die Pisa-Studien erheben lediglich Lernergebnisse, keine unterrichtlich rekonstruierten Lernverläufe und Bildungsprozesse. Aber trotzdem wird aus diesen Lernergebnissen die Kompetenzorientierung als zwingend für die Neuorientierung des Unterrichtens gefolgert, das ist schlicht ein ungedeckter Scheck! Unter der Hand geraten nun aber die Basiskompetenzen zum neuen, soll man sagen heimlichen Curriculum.

Zweifellos gehören und gehören Kompetenzen zur Bildung, dies ist auch nicht der Gegenstand der Auseinandersetzung, allerdings geht Bildung nicht in der Summe von Kompetenzen auf. Gerade aber die Mixtur aus diffuser Praxis-kritik und dogmatischen Wissenschaftsansprüchen öffnet die Rede von der Kompetenzorientierung gänzlich der

Beliebigkeit, was auch die katechetischen Versprechungen in vielen Broschüren der Befürworter nachdrücklich belegen (vgl. Geißler /Orthey: „Kompetenz: Ein Begriff für das verwertbare Ungefährere“). Daher muss die pädagogische Kritik einen anspruchsvollen und bildungsrelevanten Begriff der Kompetenz (Piaget, Chomsky) vor der Beliebigkeit bewahren, denn ein solcher beschreibt das Verstehen der Sachen als Kern unterrichtlicher Bildungsarbeit. Sachverstehen und Mündigkeit, sind zwei Seiten derselben Medaille!

Soll das seit vielen Jahrzehnten - weit vor Pisa - schon kritisierte geringe Verstehen vieler Schüler/Innen pädagogisch angegangen werden, steht die Differenz von Wissen und Verstehen im Zentrum. Verstehen besteht in der subjektiven Erschließung, Zueignung der Sachen. Genesis und Geltung, also Herkunft und Begründung, aber auch die Verwendungszusammenhänge machen systematisch das Verstehen aus.

Das Plädoyer für das „neue Unterrichtsskript“ wirft dem alten vor, „an der Vermittlung von Inhalten ausgerichtet“ gewesen zu sein (Lersch 2010). Da lauert die falsche Alternative, ob der Unterricht an der Sache oder am Schüler orientiert sein soll? Die Rede von Selbstbestimmung und Schüler-Orientierung verfängt gerne bei Pädagogen, aber entscheidend für ein pädagogisches Verhältnis ist, ob der Unterricht als Veranstaltung begriffen wird, dem Schüler die Sacherschließung zu ermöglichen. Erfolgt dies nicht, ist die Kompetenzorientierung eine leere Formel und in gänzlicher Übereinstimmung mit der neuen Rhetorik vom Input zum Output, vom Lehrer zum Berater/Coach, vom Lehren zum Lernen, und dann ganz steil: vom Lernen des Lernens, also von einem Lernen, bei dem das Lernen Inhalt ist, also keinen Inhalt mehr hat.

Fallen Kompetenzbehauptung und Sachbezug auseinander, setzt die allerorten beobachtbare Beliebigkeit in der Begriffsverwendung ein und damit wird keine pädagogische Praxis besser. Dazu passt allerdings der allerorten feststellbare Qualitätsverlust durch die sog. Qualitätssicherung.

Das Ende einer unpädagogischen Reform ist überfällig. Kaum ist irgendwo festzustellen, dass etwas besser geworden ist, aber Verschleiß, Frustration und Resignation sind allenthalben unter den Reformwilligen auszumachen. Notwendig ist eine die Bedingungen des Gelingens von Bildung und Pädagogik ernst nehmende Politik. Das verlangt eine beharrliche, politisch langfristig unterstützte und substanzielle, eben auch fachpädagogische Lehrer/innenbildung und Schulentwicklung, die nur durch solide Zusammenarbeit engagierter Lehrer/innen und Forscher/innen vorstellbar ist, nicht als top down Prozess eines Konsortiums.

*Wichtige Hinweise und Anregungen verdanke ich folgender Literatur:*

FROST, Ursula (Hg.)(2006): *Unternehmen Bildung. Die Frankfurter Einsprüche und kontroverse Positionen zur aktuellen Bildungsreform. Sonderheft der Vierteljahresschrift für Wissenschaftliche Pädagogik. Paderborn*

GRUSCHKA, Andreas (2006): *Bildungsstandards oder das Versprechen, Bildungstheorie in empirischer Bildungsforschung aufzuheben. In: Pädagogische Korrespondenz, Heft 35 Herbst 2006, S. 5-22*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung:

GRUSCHKA, Andreas (2011): *Verstehen lehren. Ein Plädoyer für guten Unterricht*. Stuttgart

KRAUTZ, Jochen (2007): *Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie*. Keuzlingen/München

LOHMANN, Ingrid/RILLING, Rainer (Hg.) (2002): *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule*,

PONGRATZ, Ludwig A. (2009): *Bildung im Bermuda-Dreieck: Bologna - Lissabon - Berlin, Paderborn: Schöningh, 220 S.*

RUHLOFF, Jörg: *Lernfabrik oder Bildungsschule?*. In: Martin HEITGER: *Wozu Schule?*. Innsbruck - Wien: Tyrola-Verlag 2002, S. 44-58

STEFFENS, Gerd (2006): *Unter dem neoliberalen Wahrheitsregime. Durchsetzungsformen neoliberaler Bildungspolitik - ein Fallbeispiel*. In: *Jahrbuch für Pädagogik 2006*, S. 292 ff

# Thesen zur Kompetenzorientierung im Unterricht

von Prof. em. Rainer Lersch,  
Philippsuniversität Marburg

## 1. Kompetenzorientierter Unterricht ist unerlässlich.

In Folge des „mageren“ Abschneidens deutscher Schüler(innen) bei internationalen Schulleistungsvergleichsstudien hat die KMK seit 2002 kontinuierlich Beschlüsse zur Qualitätssicherung im Bildungswesen gefasst. Dazu zählt vor allem die Einführung nationaler (!) Bildungsstandards (2003/04), die seit 2005 in allen Bundesländern verbindlich sind. Diese Standards formulieren die Erwartungen an die Ergebnisse schulischen Lehrens und Lernens für die Grundschule und die Sekundarstufe I in Form von Kompetenzen, also Könnenserwartungen, die auch empirisch überprüft werden können.

Die einzelnen Länder sind bei der Umsetzung dieser Beschlüsse unterschiedlich vorgegangen; in Hessen wurden neue Kerncurricula für sämtliche Fächer entwickelt, die seit dem 01.08.2011 in Kraft sind. Diese Kerncurricula enthalten neben sparsam konkretisierten Inhaltsfeldern vor allem verbindliche überfachliche und fachliche Kompetenzerwartungen (Standards). Damit steht fest, dass der Unterricht künftig primär dem Ziel des Erwerbs dieser Kompetenzen verpflichtet ist.

## 2. Kompetenzorientierter Unterricht ist nicht neu.

Der Erwerb einer Kompetenz zeigt sich in der erfolgreichen Bewältigung variabler Anforderungssituationen (Performanz) wie z.B. Lösen von Aufgaben oder Problemen, situativ korrekte Sprachverwendung, mathematische Modellierung von Alltagsphänomenen, kritische Analyse und Bewertung historischer oder politischer Quellen usw., in denen die Schüler(innen) zeigen, dass sie mit ihrem Wissen auch etwas „anfangen“ können. Nun hat es auch bisher schon immer guten Unterricht gegeben, der neben der Vermittlung von Wissen auch um die Förderung entsprechender Fähigkeiten bemüht war. Insofern ist das nunmehr erwartete „neue“ Unterrichtsskript nicht gänzlich unbekannt und schon gar nicht revolutionär - allerdings liegt der Fokus unterrichtlichen Handelns künftig eindeutig auf der Befähigung zu entsprechenden selbstständigen Schülerleistungen.

## 3. Kompetenzorientierter Unterricht ist ergebnisorientiert.

Mit dieser Fokussierung des Unterrichts auf den Erwerb von Kompetenzen der Schüler(innen) wird u.a. etwas bewirkt, worum wir uns bislang zu wenig gekümmert haben: nämlich uns der tatsächlichen Ergebnisse schulischer Arbeit zu vergewissern (s. z.B. PISA). Aus dieser Orientierung am „outcome“ (und dessen „controlling“) jedoch gleich auf eine „Ökonomisierung von Bildung“ und Ausrichtung auf bloße „Verwertbarkeit“ zu schließen, halte ich für vorschnell und auch falsch und ist wohl eher den in die-

sem Kontext häufig verwendeten Begrifflichkeiten geschuldet!

## 4. Kompetenzorientierter Unterricht bildet.

Denn im kompetenzorientierten Unterricht lernt man wegen der verlangten selbstständigen Schülertätigkeiten auch besonders gut, „sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen“ (Kant) - dem Credo der Aufklärung! So zu denken, hat also eine lange bildungstheoretische Tradition: Auch das Konzept von W. Klafki mit seinen obersten Bildungszielen der „Fähigkeiten zur Selbst- und Mitbestimmung sowie zur Solidarität“ ist kompetenzorientiert und gleichwohl kritisch!

## 5. Kompetenzorientierter Unterricht ist schülerorientiert.

Nicht nur wegen seines Bildungspotenzials ist kompetenzorientierter Unterricht „besser“ als die bislang dominierenden Handlungsmuster, sondern weil er wegen seiner Ergebnisorientierung konsequent vom Lernen der Schüler her konzipiert werden muss. Vom angezielten Ende (den Kompetenzen) her sind quasi „rückwärts“ denkend die für die Schüler nötigen Lerngelegenheiten bereit zu stellen, damit diese jene Kompetenz erwerben können. Denn Kompetenzen können nicht im herkömmlichen Sinne „gelehrt“ werden - sie müssen von den Schülern eigenaktiv erworben werden (weil man nur dann sagen kann, dass man etwas kann, wenn man es wirklich getan hat!). Insofern ist dieser Unterricht besonders schülerorientiert.

## 6. Kumulativer Kompetenzerwerb = Wissenszuwachs + Fortschritte im Können

Wer nichts weiß, ist nicht kompetent - aber wer mit seinem Wissen nichts anfangen kann auch nicht! D.h.: Neben der systematischen Vermittlung von Wissen muss dieses zugleich auch permanent situiert, also zur selbstständigen An- oder Verwendung durch die Schüler gebracht werden, weil im Kompetenzbegriff „Wissen“ und „Können“ zusammenfallen. Wenn mit dem Erwerb neuen Wissens nicht zugleich auch Fortschritte im Können einhergehen, findet kein Kompetenzzuwachs statt.

## 7. Was in der Schule gelernt werden soll, muss dort auch gelernt werden können!

Deshalb stehen im Zentrum kompetenzorientierten Unterrichts auch die Performanzsituationen, also Phasen selbstständiger Schülertätigkeit, in die wir die Schüler unentwegt verwickeln müssen, soll sich so etwas wie Kompetenz überhaupt entwickeln können (s. Thesen 2 u. 5). Dieser Sachverhalt wird eindrucksvoll bestätigt durch Ergebnisse empirischer Forschung (vgl. Hattie 2009,

Fortsetzung nächste Seite

# Wem nützen Bildungsstandards.



Veranstaltungsplakat.

Fortsetzung:

Hopf 2010). Dazu brauchen die Schüler Zeit und Gelegenheiten, in denen sie sich selbst und auch anderen gegenüber unter Beweis stellen können, was sie können.

### 8. Weniger Inhalte, diese aber gründlicher unterrichten und transferfähig machen.

Selbstständige Schülerarbeit erfordert bekanntlich viel Zeit. Weil aber die zur Verfügung stehende Lernzeit sich nicht erhöht hat, ist die Philosophie des Kerncurriculums mit seiner Fokussierung auf den inhaltlichen Kern eines Faches auch auf die Entwicklung des Schulcurriculums zu übertragen: Beschränkung auf weniger, exemplarische und fundamentale Inhalte, weil sonst die Zeit fehlt für die Prozesse des Kompetenzerwerbs!

Und: Für die Vermittlung dieser Inhalte anstelle langatmiger Unterrichtsgespräche vermehrt kurze direkte Instruktionen verwenden, um die Schüler anschließend (ggf. mit Hilfe) in die Selbstständigkeit „entlassen“ zu können!

### 9. Unterrichtsentwicklung unterliegt bestimmten Gelingensbedingungen

Die Tatsache, dass die KMK mehr als 5 Jahre nach der Einführung der Bildungsstandards sich genötigt sieht, Ende 2009 ihre „Konzeption zur Nutzung der Bildungsstandards für die Unterrichtsentwicklung“ nachzuschieben, ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich auf diesem

Gebiet bis dahin nur wenig getan hat. Es ist letztlich auch ein Beweis dafür, dass sich Unterrichtsentwicklung nicht administrativ (z.B. über den Erlass neuer Kerncurricula) verordnen lässt! Dafür muss man vielmehr die Lehrerschaft gewinnen und vor allem qualifizieren: Denn wer nicht weiß, worauf es im kompetenzorientierten Unterricht ankommt, kann weder entsprechend unterrichten noch zielführend am Schulcurriculum arbeiten! Insofern wäre es wohl besser gewesen, die Lehrerschaft und ihre Verbände von Anfang an an der Implementierung dieser Reform aktiv zu beteiligen!

### 10. Kompetenzorientierter Unterricht ist nicht umsonst zu haben!

Didaktische Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte wird nunmehr zur „Kernaufgabe“ (vgl. KMK 2009), ebenso die externe Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung der Schulcurricula. Dafür sind jetzt (!) die nötigen Ressourcen bereit zu stellen - dass diese Reform oft als „Generationenaufgabe“ bezeichnet wird, kann nicht als Legitimation für aktuell unzureichende Unterstützungssysteme herhalten: Denn man kann nicht von heute auf morgen die Standards für verbindlich erklären und dann die Lehrerschaft bei den nötigen Entwicklungsaufgaben alleine lassen! Denn: Ohne eine entsprechende Prozessqualität bei der Implementation ist auch keine Qualität der „Produkte“ zu erwarten!



Prof. Dr. Peter Euler (TU Darmstadt), Erwin Junker (GEW Marburg); Prof. Dr. Rainer Lersch (Uni Marburg), Jutta von Hadeln (GEW Marburg).

Foto: Erich Schumacher



# Aktueller Stand zur Hessischen Beihilfeverordnung

**Nach heftiger Kritik des DGB wurde Ende Oktober 2011 eine zweite, überarbeitete Fassung eines Neuentwurfs der Hessischen Beihilfeverordnung vorgelegt. Einige gewerkschaftliche Kritikpunkte griff das Ministerium darin auf. Es bleibt aber dabei, dass im Bereich der Beihilfe gekürzt werden soll, wenn auch längerfristig deutlich weniger als ursprünglich geplant. Nach wie vor sollen die Veränderungen am 1.1.2012 in Kraft treten.**

Anders als noch im Sommer vorgesehen wird es ab 2012 eine Besitzstandsregelung für diejenige Beihilfeberechtigten geben, die bereits am 31.12.2011 freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren und die am 31.12.2011 bereits einen Anspruch auf Sachleistungsbeihilfe hatten. Dies ist ein Teilerfolg. Es bleibt aber bei der grundsätzlichen Abschaffung der Sachleistungsbeihilfe. Beamtinnen und Beamte, die ab dem 1.1.2012 in das Beamtenverhältnis zum Land Hessen ernannt werden und freiwilliges Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind, werden keine Sachleistungsbeihilfe mehr erhalten.

Die Umstellung auf personenbezogene Bemessungssätze und die damit verbundene Veränderung der Höhe der Bemessungssätze für ambulante Aufwendungen (zum Teil Verbesserungen, zum Teil Verschlechterungen) wird nicht umgesetzt. Es bleibt beim alten System der „familienbezogenen Bemessungssätze“. Die Höhe entspricht der bisherigen Regelung.

Andere angekündigte Kürzungen will das Ministerium aber nach wie vor umsetzen: Die Erhöhung des Bemessungssatzes um 15 Prozentpunkte für Krankenhausbehandlungen („Stationärszuschlag“) soll entfallen. Bisher wurde dies mit der Umstellung auf ein personenbezogenes Bemessungssatzsystem begründet. Nun wird die Streichung mit dem Ziel begründet, dass für alle medizinischen Leistungen einheitliche Bemessungssätze gelten sollen. Der wahre Grund ist aber offensichtlich allein das damit verbundene große Sparpotential.

Bei zahnärztlichen Behandlungen sind die Aufwendungen für zahntechnische Leistungen, Edelmetalle und Keramik

nur noch zu 50 % statt bisher zu 60 % beihilfefähig. Zudem entfällt die Beihilfeberechtigung für Privatleistungen für vor dem 1. 5. 2001 eingestellte Tarifbeschäftigte ab dem 1. 1. 2015.



Weitere Änderungen hat die Landesrechtsstelle im Internet dokumentiert ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) -> Service Recht -> Mitgliederbereich -> Beihilfe).

Wenn sich die Beihilfe ändert, muss der Tarif in der privaten Krankenversicherung entsprechend angepasst werden. Sobald der GEW Hessen die endgültige Fassung vorliegt, werden wir darüber informieren. Betroffene sollten mit ihrer Versicherung klären, wie eine „nahtlose Umstellung“ sichergestellt werden kann.

## Nachtrag November 2011:

Nach heftiger Kritik des DGB wurde Ende Oktober 2011 eine zweite, überarbeitete Fassung eines Neuentwurfs der Hessischen Beihilfeverordnung vorgelegt. Einige gewerkschaftliche Kritikpunkte griff das Ministerium darin auf. Es bleibt aber dabei, dass im Bereich der Beihilfe gekürzt werden soll, wenn auch längerfristig deutlich weniger als ursprünglich geplant. Nach wie vor sollen die Veränderungen am 1.1.2012 in Kraft treten.

**Rüdiger Bröhling  
GEW-Sekretär für  
Tarif- und Besoldungsfragen**

## Aus der Rechtsberatung:

# Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten im Schuldienst

Zahlreiche an die GEW-Landesrechtsstelle gerichtete Fragen betreffen Umfang und Grenzen der Verpflichtung zur Mehrarbeit im Schuldienst sowie Fragen nach Art und Umfang von Ausgleichsansprüchen bei geleisteter Mehrarbeit, insbesondere bei Teilzeitbeschäftigung.

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht in einem mit GEW-Rechtsschutz

durchgeführten Verfahren zumindest teilweise der gewerkschaftlichen Rechtsauffassung gefolgt ist, können sich Teilzeitbeschäftigte hier über den aktuellen Stand informieren.

Näheres auf der homepage der GEW-Hessen im Mitgliederbereich unter den Stichworten "Arbeitszeit" und "Klassenfahrt".



## Rechtsberatung der GEW

Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle  
Schwanallee 27 - 31

**Rechtsberatung mit Doris Bunke**

Nach Vereinbarung

**Rechtsberatung mit Volrad Döhner**

Donnerstag 20.00 - 22.00 Uhr (jeden 2. und 4. Do.)

**Rechtsberatung mit Angelika Gerschlaier**

Kreisverb.Biedenkopf, Nach Vereinb.: 06462 - 913183

## Beamtenstreik:

# Abkehr von der bislang in Deutschland herrschenden Rechtsauffassung

### Kasseler Richter bestätigen Rechtsauffassung der Bildungsgewerkschaft

Frankfurt - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen sieht sich in ihrer Rechtsauffassung zum Streikrecht für Beamte durch ein Urteil der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts (VG) Kassel vom 27. Juli 2011, das am 1. September 2011 bekannt geworden ist, bestätigt (Az. 28 K 1208/10.KS.D).

„Die Bildungsgewerkschaft begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich“, erklärte hierzu der Vorsitzende der GEW Hessen, Jochen Nagel.

„Die Kasseler Richter hatten den Mut, bei der Beurteilung des Beamtenstreiks den letzten Schritt zu gehen, den das

VG Düsseldorf Ende 2010 noch vermieden hatte: sie haben festgestellt, dass sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht nur ein Sanktionsverbot gegenüber streikenden Beamten ergäbe, sondern dass die bislang herrschende Auffassung, die Arbeitsniederlegung von Beamten, sei grundsätzlich ein Dienstvergehen, nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Völkerrecht zu vereinbaren ist“, ergänzte Hartwig Schröder, Leiter der Rechtsabteilung der GEW Hessen.

## Die Gruppe 60+ wird aktiv:

# Wandern, Radfahren, Sport und Kultur...

**Es ist unumstritten, dass die GEW es sich nicht erlauben darf, mehr als 180 Vor- und Ruheständler verloren gehen zu lassen. Deshalb gibt es sie nach einigen Anläufen jetzt endlich doch wieder: die Gruppe „60+“ in der GEW des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf.**

Wir, die beiden Sprecherinnen Brigitte Preisler und Heike Winkler, luden zu einer ersten Zusammenkunft zum Griechen bei St.Jost ein und ... ziemlich viele kamen. Manche freuten sich, diese oder jene mal wieder zu treffen, andere wollten vorsichtig erstmal sehen, „was da wohl läuft“. Aber alle hatten Ideen und Vorschläge zu dem, was laufen könnte: Alle zwei Monate soll eingeladen werden zu einem kulturellen oder sportlichen oder gewerkschaftspolitischen Treffen oder auch gezielt zu einer Fortbildung; wir freuen uns über jeden, der etwas anbieten will.

Noch hatten längst nicht alle ihr Bier oder ihren Wein ausgetrunken, da stand das Programm für einen nächsten Termin schon fest: eine Wanderung auf den Spuren der Posträuber vom Subachtal.

Am 11. August kam, wer mitwandern wollte, zu den vereinbarten Treffpunkten - zur Bildung von Fahrgemeinschaften auf dem Parkplatz Georg-Gaßmann-Stadion oder gleich zur Gaststätte Kornhaus in Mornshausen. Kollege Rudolf Hopf führte uns sicher durch die zum Teil heute noch finster erscheinende Landschaft. Außerordentlich detailreich informierte er über die Not der armen Leute von Kombach, ihre vielfachen Versuche, den Überfall der Geldkutsche auszuführen, den plötzlichen Reichtum, zu dem die erbeuteten Brabanter Goldtaler führten und der schließlich sie alle

verriet und die meisten an den Galgen brachte.

Bei schönem Wetter gab es dann den „Auskehr“ im Kornhaus, zu dem noch einige gekommen waren, die an der Wanderung nicht teilnehmen konnten.

Für den 3. Oktober bot Reinhold Hünlich - außerplanmäßig - eine Radtour nach Rauischholzhausen an, die bei strahlendem Herbstwetter allen Teilnehmern großes Vergnügen bereitete.

Zum 7. Oktober folgte eine Einladung ins GEW-Büro, um gemeinsam den Film „Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Kombach“ (Regie: Volker Schlöndorff) anzusehen. Danach stellten einige Kreisvorstandsmitglieder die wichtigsten schulpolitischen Probleme vor. In der folgenden Diskussion zeigten sich die anwesenden „60+“ Mitglieder noch immer gewerkschaftlich engagiert und gegebenenfalls zum Protest bereit.

Bisher haben die Sprecherinnen alle 189 mit Name und Adresse bekannten Zugehörigen dieser Personengruppe eingeladen per Email oder per Brief. Bitte teilt uns mit, ob ihr weiterhin informiert werden wollt - wenn möglich mit einer Email-Adresse! Die Adresse der Seniorengruppe lautet [hkw-gew@web.de](mailto:hkw-gew@web.de).

Es wäre natürlich begeisternd, wenn sich alle 189 melden würden! Macht mit, die Aktiven brauchen unsere Unterstützung und wir brauchen den Kontakt.

Das nächste Treffen wird erst am 10. Januar 2012 sein.

**Heike Winkler**



## Jubel mit Husel

# GEW ehrt langjährige Mitglieder

„Fit wie ein Turnschuh“ bedankte sich der 80 jährige Prof. Dr. Kurt Kliem für die Ehrung zu seiner 55 jährigen Mitgliedschaft. In einem kleinen Beitrag berichtete er anschaulich aus den Anfängen der Lehrgewerkschaft, die in den Nachkriegszeiten wahrlich andere Probleme hatte als heute.

Auch andere langjährige Mitglieder gaben die ein oder andere Anekdote oder ein besonders wichtiges Ereignis aus der Zeit des Eintritts in die GEW zum Besten.

In musikalischer Form erinnerte das Unterhaltungsgenie Rainer Husel mit Songs an die Zeiten, in denen die Kolleginnen und Kollegen zur GEW gefunden hatten.

Nach der Stärkung am Buffet wurden bei Wein, Sekt und Bier noch bis Mitternacht Erlebnisse ausgetauscht und das Wiedersehen in diesem netten Rahmen gefeiert.

Geehrt wurden...

### 25 Jahre:

Martin Simon, Angelika Schöning, Werner Wörder

### 30 Jahre:

Heidrun Otte-Heiderich, Sigrid John-Flöter, Margarete Heldmaier, Petra Schulte-Döhner, Werner Giede

### 35 Jahre:

Udo Wittkind, Angelika Sturm-Werner, Rainer Eckhardt, Dieter Gast, Peter Fischer, Bernhard Kämpf, Helmut Hermann, Hans-Otto Lyongrün,

### 40 Jahre:

Peter Hauswaldt, Harald Hertel, Rainer Wagenhäuser, Lothar Potthoff, Gert Meyer

### 45 Jahre:

Anna Margarete Kahl, Wilfried Sauer

### 55 Jahre:

Inge Gombert, Prof.Dr. Kurt Kliem

(leider mussten aus den verschiedensten Gründen Kolleginnen und Kollegen absagen, die gerne gekommen wären, - dann bis zum nächsten mal !)



Zu 55 Jahren GEW-Mitgliedschaft wurde Prof. Dr. Kurt Kliem (Bildmitte) von Uli Heinz (links) und Hartmut Möller (rechts) geehrt.



Abend der Mitgliederehrung: Ehemalige Kolleginnen und Kollegen treffen, Erinnerungen austauschen...bei einem Gläschen Rotwein, Sekt oder Selters...

## Impressum

### Herausgeber:

### GEW-Kreisverbände Marburg und Biedenkopf

Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg

Telefon: 06421 - 21812

Fax: 06421 - 164532

e-mail: gew-marburg@t-online.de

Layout: Erich Schumacher

Druck: Druckhaus Marburg

Auflage: 3000

## Das Redaktionsteam dieser Ausgabe:

Bernd Albert, Heike Hüppner, Wiltrud Lambinet-Potthoff, Hartmut Möller  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Briefe an die Redaktion:

 [gew-aktiv@web.de](mailto:gew-aktiv@web.de)